

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

noch immer stecken wir mitten in der Pandemie und natürlich hat uns auch in der vergangenen Plenarwoche das Covid-19-Virus und vor allem dessen Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und die Menschen in Hessen beschäftigt.

Während der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) die Arbeit verweigert, und viel zu wenig tut, um Arbeitsplätze zu retten, belässt es der Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) bei Sonntagsreden. Und so werden in Hessen auch weiterhin viele Berufsgruppen in der Krise alleine gelassen: zum Beispiel die gesamte hessische Veranstaltungsbranche, die Reise- und Omnibusbranche, das Schaustellergewerbe und die Gastro- und Hotelbranche. Sie

alle befinden sich pandemiebedingt in teils sehr prekären Lagen mit schweren Folgen für vielen Unternehmen und Beschäftigte. Das ist nicht hinnehmbar.

Wie Sie auf den folgenden Seiten lesen werden, haben die Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion deshalb im Plenum deutlich gemacht, dass dringender Handlungsbedarf besteht – in der Wirtschaft, in der Schul- und Bildungspolitik, in der Krankenhausplanung. Wir zeigen auf, wo Schwarzgrün versagt und machen konkrete Vorschläge, wie unser Land diese Krise meistern kann.

Ihre Nancy Faeser

UM JEDEN ARBEITSPLATZ KÄMPFEN

ANTWORT AUF REGIERUNGSERKLÄRUNG



„Hessen bräuchte jetzt einen Wirtschaftsminister, der handelt. Stattdessen hat Hessen einen PR-Minister, der vor allem sein Bild in der Öffentlichkeit poliert“, mahnte Nancy Faeser in ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung Al-Wazirs. Derzeit gehe es einzig und allein um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Corona-Krise habe kritische Veränderungsprozesse in Industrie und

Handel beschleunigt, die politisch gestaltet werden müssten. Dazu, so Faeser, müsse ein Wirtschaftsminister das Gespräch mit den Betroffenen suchen. „Aber fragen Sie mal bei Conti, bei Opel, bei VW in Kassel, bei Lufthansa oder am Frankfurter Flughafen nach – Sie werden überall hören: ‚Wo ist eigentlich Al-Wazir?‘“, so Faeser. Die von der Corona-Krise gefährdeten Jobs in Hessen würden derzeit hauptsächlich von der Bundesregierung geschützt, die mit einer Vielzahl von gesetzgeberischen Maßnahmen dafür gesorgt habe, dass Unternehmen gestützt und Entlassungen in großem Umfang bisher vermieden werden konnten. „Aber um die hessische Wirtschaft für die Zukunft widerstandsfähiger zu machen, muss das Land

den passenden Rahmen schaffen“, sagte Faeser. Neue Ideen, wie Ausbildung und Beschäftigung zu gestalten, wie ein Klima von Innovation und Aufbruch zu schaffen sei, fehlten völlig. Im Gegensatz dazu habe die SPD ein politisches Konzept für den Wirtschaftsstandort Hessen vorgelegt, das auf ein faires Miteinander und auf einen Ausgleich der Interessen setze. „Von der Stärkung des Flächentarifs bis zur Gründung von Auszubildendenwerken, die dem Nachwuchs die Orientierung in der Arbeitswelt erleichtern, steht da alles drin. Und es dokumentiert die Unterschiede zwischen ernsthafter Politik und politischer Schaumschlägerei: Die SPD ist die Partei der Arbeit, Schwarzgrün ist die Koalition der Selbstvermarktung“, so Faeser.

SCHWARZGRÜN MUSS PFLICHT NACHKOMMEN

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag über die Lage der kommunalen Krankenhäuser debattiert. „Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Grundpfeilern der Daseinsvorsorge. Gute Versorgung in erreichbarer Nähe braucht zukunftsfähige Konzepte. Dazu hat die Landesregierung keine Ideen und kein Konzept“, kritisierte Dr. Daniela Sommer in der Plenardebatte. Die gesundheitspolitische Sprecherin kritisierte, dass das Land seit über 20 Jahren seine gesetzliche Pflicht zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern vernachlässige. Von den über 300 Millionen an Investitionsbedarfen

der Hessischen Krankenhäuser übernehme es gerade einmal 18,4 Millionen mit originären Landesmitteln. „Weil Hessen seiner Pflicht nur unzureichend nachkommt, müssen Krankenhäuser ihre Investitionskosten zum Teil durch eigene Erlöse decken. Das Resultat sind verschuldete Kliniken, fehlendes Personal und ein Anstieg an unnötigen Operationen. Damit leidet nicht nur die Qualität der Krankenhäuser, sondern die Gesundheit der Patienten wird zunehmend gefährdet“, warnte Sommer und wies darauf hin, dass Kreise und Kommunen neben der Übernahme der Defizite mit Krankenhausumlage, Heimatumlage und Kommunalem



Finanzausgleich die notwendigen Investitionen bestreiten müssen. „Es braucht eine verlässliche, aktive Krankenhausplanung, eine vernünftige Steuerung und eine Förderung durch das Land für den Erhalt einer Krankenhauslandschaft, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Dies gehört zur notwendigen und unverzichtbaren staatlichen Aufgabe des Landes.“

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KURZARBEIT Hilft

KURZARBEIT

WAS SICH MERZ VORSTELLT:

WIE ES WIRKLICH IST:



In der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion hat Wolfgang Decker deutlich gemacht, dass Kurzarbeit auch vielen hessischen Beschäftigten und Unternehmen hilft. Die Bemerkung des CDU-Politikers Friedrich Merz, dass sich relativ viele Menschen daran gewöhnten, ein Leben ohne Arbeit zu führen und er skeptisch sei, dass die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes nicht die falschen Signale sende, bewertete der arbeitsmarktpolitische Sprecher als zynisch. „Wenn es ein wirksames Instrument gegen reihenweise Firmenzusammenbrüche und damit gegen Massenarbeitslosigkeit gibt, dann ist es zweifellos das Instrument der Kurzarbeit und des Kurzarbeitergeldes. Wir sind froh, dass die beiden SPD-Minister Heil und Scholz die Verlängerung in der Koalition durchgesetzt haben“, machte Decker deutlich. „Offensichtlich weiß Merz nicht, was sich derzeit in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt abspielt und dass Millionen von Beschäftigten und ihre Familien derzeit um Arbeit und Einkommen bangen. Wenn er ihnen auch noch den letzten Strohhalm nehmen will, stellen wir uns dem ent-

schieden entgegen“, sagte Decker. Mit Kurzarbeit würden Millionen von Arbeitsplätzen gesichert und sie sei zugleich ein Stabilisator für die wirtschaftliche Gesamtlage.

REGIONALISIERUNG STÄRKEN

Knut John hat massive Kritik an Hessens Verbraucherschutzmi-



nisterin Priska Hinz geübt und ihr inkonsequentes Handeln vorgeworfen. John zeigte sich entsetzt über die jüngste Abstimmung im Bundesrat, bei der auch Ministerin Hinz für angeblich „mehr Lebensmittelsicherheit durch gezieltere Kontrollen“ gestimmt hatte. „Das ist ein absoluter Skandal. Zukünftig werden die Behörden Lebensmittelunternehmen noch weniger kontrollieren als bisher. Dabei haben die Zustände bei Wilke-Wurst gezeigt, dass hier deutlich mehr hingeschaut werden muss“, sagte John, der die Haltung der hessischen Verbraucherschutzministerin nicht nachvollziehen könne. „Vor wenigen Monaten machte sie im Umweltausschuss des Hessischen Landtags deutlich, mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern auf der Bundesebene vorstellig zu werden, um eine Veränderung herbeizuführen. Sie wollte Verbesserungen für den Lebensmittelsektor erwirken. Mit ihrer Stimme hat sie nun für das komplette Gegenteil gestimmt“, kritisierte der SPD-Abgeordnete, der diese Haltung als fatal bezeichnete.

FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN



Frank-Tilo Becher hat in der Aktuellen Stunde eine Flüchtlingspolitik in Hessen gefordert, die konkret wird, die ihre Möglichkeiten nutzt und handelt. „Die Nachricht, dass Hessen 200 Flüchtlinge aus dem Lager Moria aufnehmen will ist gut“, so Becher. Er wisse diese Nachricht aber auch realistisch einzuordnen. „Wenn wir in unserem Antrag zur Humanitären Flüchtlingsaufnahme von mindestens 300 Flüchtlingen sprechen, dann steht dahinter die Erwartung, dass Hessen über eine Zuweisung nach dem Königsteiner Schlüssel deutlich hinausgeht, der für Hessen bei 1.553 Flüchtlingen bei 114 Flüchtlingen aus Moria liegt. Anders gesagt: mit 200 Flüchtlingen sind es nur 86 mehr. Ich hoffe, sie wollen uns das nicht als Landesaufnahmeprogramm anbieten“, sagte Becher. Diese Zusage ändere nichts daran, dass Schwarzgrün bisher mutlos, abwartend und unentschlossen agiert hätten. „Sie entdecken immer wieder neue Gründe, die einer gezielten Flüchtlingsaufnahme oder einem Landesaufnahmeprogramm entgegenstehen“, kritisierte Becher. Gefordert sei eine Politik, die findig dem eigenen humanitären Anspruch immer wieder neue Wege auftue. Becher wies in seiner Rede auf Rheinland-Pfalz hin, das eine „überquintale“ Aufnahme von Flüchtlingen organisiert hätte. „Das nenne ich planvolles Handeln mit klarer Handschrift“, sagte Becher.

SCHAUSTELLERGEWERBE RETTEN

SCHWARZGRÜN MUSS HANDELN

„Das Schaustellergewerbe hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern dank seiner jahrhundertealten Tradition auch eine kulturelle Bedeutung“, mahnte Nancy Faeser in ihrer Rede im Plenum. Die Fraktionsvorsitzende forderte die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um das wirtschaftliche Überleben der hessischen Schausteller in der Corona-Krise zu ermöglichen. „Das Schaustellergewerbe gibt alteingesessenen Familien Arbeit. Vor allem aber bieten die Schaustellerbetriebe den Menschen für kleines Geld großen Spaß und viel Unterhaltung. Stadt- und Volksfeste sind ohne die Schausteller-Profis schlicht nicht vorstellbar. Das Land darf diese



Branche in der Krise nicht alleine lassen“, sagte Faeser. Faeser kritisierte die Untätigkeit der schwarzgrünen Landesregierung, die sich selbst an organisatorischen Hilfen für die Branche nicht beteilige. „Seit Juli liegt der Staatskanzlei ein Papier vor, das Konzepte beschreibt, wie öffentliche Feste, vor allem die wichtigen Weihnachtsmärkte, so veranstaltet werden können, dass der Infektionsschutz gewahrt und gleichzeitig das wirtschaftliche Überleben der Schausteller gewährleistet werden kann. Auf dieses Papier hat bisher noch niemand reagiert. So kann, so darf man mit einer kleinen, aber traditionsreichen und kulturell wertvollen Unternehmensbranche nicht umgehen“, so Faeser.

REGIONALITÄT STÄRKEN

Knut John hat Schwarzgrün mangelndes Engagement bei der Stärkung von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen vorgeworfen. „Wir haben es seit Jahren mit einem kranken System zu tun, das nicht nur die Nutztiere und unsere Umwelt ausbeutet, sondern auch die im Agrarsektor arbeitenden Menschen. Was die Regionalität angeht, befinden wir uns im Sinkflug“, so John. Die Zahl der Betriebe nehme stetig ab, die Tierbestände in den verbleibenden Betrieben hingegen würden wachsen. „Dieser Trend muss gestoppt werden“, mahnte John. Der sofortige Umbau der Landwirtschaft mithilfe einer völlig neuen Förderpolitik, die genau auf Regionalität und Qualität abziele, sei die einzige Lösung. „Wir müssen umsteuern und der heimischen Landwirtschaft die Chance geben, sich zu erholen und wieder aufzubauen“, sagte der SPD-Politiker.

WEITERBAU DER A 49

STÄRKUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

„Diese Autobahn bedeutet eine Stärkung mit einer besseren Erschließung des ländlichen Raumes. Und sie entlastet viele Menschen an stark befahrenen Durchgangsstraßen endlich vom Lärm“, machte Günter Rudolph in der Plenardebatte zur A 49 deutlich. „In einem über viele Jahre geführten Prozess, wurden die Einwände und Bedenken, wie die Belastungen der Autobahn zum Gewässer- und Klimaschutz gegeneinander abgewogen. Auch viele Gerichtsinstanzen, zuletzt das Bundesverwaltungsgericht, haben die Planungen für den Weiterbau der A 49 schließlich

genehmigt. Jetzt muss dieses Bau-recht auch umgesetzt werden“, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion den Lückenschluss der Autobahn. Friedliche Proteste gehörten zur demokratischen Grundkultur. Was sich jedoch in und um den Dannenröder Forst abspiele, seien zum Teil kriminelle Taten, die von gewaltbereiten und extremistischen Demonstranten verursacht würden. „Das kann der Rechtsstaat nicht akzeptieren“, sagte Rudolph. Insbesondere die hessischen Grünen betrieben ein Doppelspiel. „Während sie zwei Mal in Koalitionsverträgen



in Hessen den Weiterbau der A 49 abgesegnet haben, fordert ihre Bundestagsfraktion ein sogenanntes Moratorium. Die Grünen sollten mit dieser Heuchelei endlich aufhören und den Menschen nicht weiter suggerieren, dass der Weiterbau noch verhindert werden kann“, so Rudolph.

LANDESREGIERUNG MUSS DATEN OFFENLEGEN

Tag für Tag werden Daten erhoben, in nahezu allen Bereichen: In der Verwaltung, in der Forschung, im privaten Sektor. „Und dann liegen diese Daten irgendwo auf Servern herum. Dabei sind sie so wertvoll und könnten viel mehr bewirken, als sie es derzeit in Hessen können“, kritisierte Nadine Gersberg in der Plenardebatte zum Antrag der Freien Demokraten im Hessischen Landtag „Geodaten offen bereit stellen“. „Diese Daten bergen ein enormes Potential, das der breiten Öffentlichkeit und so auch der Forschung, den Betrieben und Nichtregierungsorganisationen zugänglich gemacht werden muss. Die open data-Politik in den USA und in Großbritannien, aber inzwischen auch in Rheinland-Pfalz und Hamburg



zeigen: Werden Daten unentgeltlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, können sie für Innovationen, Wirtschaftskraft, aber auch mehr Transparenz gegenüber den Regierungen sorgen“, so Gersberg. Bei dem open data-Prinzip gehe es um das explizite Recht und die Möglichkeit, die Daten nicht nur einzusehen, sondern sie auch weiterzuverarbeiten und weiterzuverbreiten. „Wir müssen dafür sorgen, dass Hessen analog zu Rheinland-Pfalz und Hamburg bei diesem Thema nach vorne geht“, so Gersberg. Natürlich müsse bei der Veröffentlichung der Datenschutz eingehalten werden. Dazu gebe es von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mittlerweile eine Reihe von Empfehlungen.

BEDEUTUNG DES RUNDFUNKS

„Ein zeitgemäßer Schritt“ sei der neue Staatsvertrag, der den ehemaligen Rundfunkstaatsvertrag durch einen modernen, an die Digitalisierung der Medienwelt angepassten, Vertrag ersetzen soll, erklärte Angelika Löber. Sie betonte dabei die Wichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auch und vor allem für eine vielfältige Medienlandschaft in Hessen und in Deutschland. Besonders in der heutigen Zeit, in der populistische Hetze stark zugenommen habe, müsse den Rundfunkanstalten eine wichtige Bedeutung beigemessen werden. „Die diffamierenden Stimmen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ‚Lügenpresse‘ bezeichnen, werden lauter und sie werden mehr. Diesen Stimmen müssen wir entschlossen entgegenreten“, so Löber.



GEMISCHTWARENLADEN ERSETZT KEINE STRATEGIE



In der Debatte zu „Distr@l“ hat der SPD-Abgeordnete Bijan Kaffenberger das schwarzgrüne Förderprogramm als nicht zielgerichtet kritisiert. Zwar sei ein Förderprogramm für digitale Innovationen

in kleinen und mittleren Unternehmen und der Wissenschaft grundsätzlich eine gute Idee, aber die derzeitige Ausgestaltung gehe an den Bedürfnissen vorbei. Das Förderprogramm „Distr@l“ bezeichnete er mit dessen verschiedenen Förderlinien und Modulen mit unterschiedlichen Laufzeiten, Fördervolumen und Förderquoten als Gemischtwarenladen. „Aber ein schwarzgrüner Gemischtwarenladen ersetzt eben keine Strategie. Wenn dann auch noch behauptet wird, dass Hessen mit dieser

Förderung im Ländervergleich an der Spitze liegt, dann ist das nicht mehr als ein Taschenspielertrick“, so Kaffenberger.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath